



## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer, Oskar Atzinger** und **Fraktion (AfD)**

### **Für einen unabhängigen und objektiven Journalismus in Bayern – Transparenz bei der Moderation von Regierungsveranstaltungen schaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten, welche Aufträge, Honorare und sonstige Zahlungen einzelne Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, von Staatsministerien sowie von deren nachgeordneten Behörden in den letzten fünf Jahren (aufgeschlüsselt nach Jahresscheiben, Staatsministerien bzw. nachgeordneten Landesbehörden, Auftragsarten sowie gezahlten Vergütungen) erhalten haben.

Des Weiteren sind in Zukunft möglichst keine Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, als Moderatoren für Veranstaltungen der Staatsregierung einzustellen bzw. zu buchen.

Im Falle einer zukünftigen Anstellung bzw. Buchung von Journalisten als Moderatoren für Veranstaltungen der Staatsregierung, soll deren Rolle bzw. Beteiligung an der Veranstaltung öffentlich transparent bekanntgegeben werden, ohne ihre Persönlichkeitsrechte zu verletzen.

### **Begründung:**

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland steht seit einiger Zeit bundesweit massiv in der Kritik. Ging es zuerst um die Vorwürfe vermeintlicher Günstlingswirtschaft<sup>1</sup>, politisch einseitiger Berichterstattung<sup>2</sup>, Beitragsverschwendung an der Spitze einzelner Landesrundfunkanstalten<sup>3</sup> sowie um das Versagen der zuständigen Aufsichtsgremien, kamen später Skandale über strukturelle Dysfunktion, Machtmissbräuche, Vorwürfe der Hofberichterstattung und mangelnde journalistische Unabhängigkeit hinzu. Sogar strafrechtliche Ermittlungen gegen Journalisten und Spitzenfunktionäre öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sind keine Seltenheit mehr<sup>4</sup>. Man muss daher feststellen, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einer tiefgreifenden und strukturellen Krise befindet.

Persönliche Verfehlungen, parteipolitische Verstrickungen, wachsende öffentliche Kritik und damit einhergehend ein Vertrauensverlust gefährden seine Akzeptanz und stellen ihn und sein Fortbestehen insgesamt in Frage. Erhebliche Veränderungen in der Struk-

<sup>1</sup> <https://www.rnd.de/medien/chaostage-beim-ndr-skandal-um-vetternwirtschaft-und-politklungelei-eskajiert-U5KFD2BKEFAF7JV5INATXWM6W4.html>

<sup>2</sup> <https://www.rnd.de/politik/offentlich-rechtlicher-rundfunk-in-der-kritik-berichterstattung-schure-angst-und-sei-zu-einseitig-YOXMTDLVY7B7Q7T6R2NY2DOV44.html>

<sup>3</sup> <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/10/rbb-skandal-intendanz-schlesinger-verschwendung-abrechnungen.html>

<sup>4</sup> <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/patricia-schlesinger-rbb-ard-rundfunk-generalstaatsanwaltschaft-berlin-ermittlungen-straferfahren>

tur und in der Finanzierung des gesamten öffentlich-rechtliche Rundfunks in Deutschland sind mittlerweile unumgänglich geworden und sind breiter gesellschaftlicher Konsens.

Gleichzeitig ist ein regierungskritischer, unabhängiger und objektiver Journalismus ein Wesenselement einer funktionierenden Demokratie und ein Garant für die Meinungs- und Pressefreiheit. Einen solchen Journalismus gilt es insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk dauerhaft zu erhalten und zu stärken. Ein weiterer Vertrauensverlust des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Bayern ist zu verhindern.

Ebenso ist die Information der Öffentlichkeit durch die Staatsregierung von erheblicher Bedeutung. Um das Vertrauen der Bevölkerung in den bereits von einem erheblichen Vertrauensverlust betroffenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wieder zu stärken, ist es jedoch nicht hilfreich, wenn die Staatsregierung regelmäßig Moderatoren bzw. Journalisten des Bayerischen Rundfunks – der Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist – als Conférenciers für ihre Veranstaltungen bucht.

Hierdurch sind Interessenkonflikte bezüglich einer regierungskritischen Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks vorprogrammiert. Ebenfalls können derartige Tätigkeiten von Moderatoren bzw. Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bevölkerung Zweifel an der journalistischen Unabhängigkeit und Staatsferne der betroffenen Personen und Rundfunkanstalten aufkommen lassen, was zu einem weiteren Vertrauensverlust des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei den Bürgern führen könnte. Dem gilt es durch klare Regeln und Transparenz entgegenzuwirken.

Hierzu gehört auch, dass die Staatsregierung in Zukunft konsequent darauf verzichtet, Moderatoren bzw. Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Conférenciers für ihre Veranstaltungen zu buchen. Sollte dies aus objektiven Gründen nicht möglich sein, muss deren Rolle bzw. Beteiligung an den entsprechenden Veranstaltungen öffentlich transparent und für jeden Bürger nachvollziehbar bekannt gemacht werden, ohne dass die Persönlichkeitsrechte der gebuchten Moderatoren verletzt werden. Geschieht dies nicht, trägt die Staatsregierung dazu bei, das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland weiter zu untergraben.